

i Fijáte !

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 352

1. Feb. 2005

12. Jahrgang

US-amerikanische Militärunterstützung für Lateinamerika

Die Vermischung polizeilicher und militärischer Aufgaben und das Fehlen einer zivilen Kontrolle über die US-amerikanischen Militärprogramme in Lateinamerika haben im Verlauf der letzten Jahre zugenommen. Ebenso die Tendenz, sog. „neuartigen“ Bedrohungen (dazu gehören z.B. Terrorismus oder Migration ebenso wie Naturkatastrophen) militärisch zu begegnen. Es fällt auf, dass Entscheide über die US-amerikanische Militärhilfe an andere Länder mehr und mehr in der Kompetenz des US-Verteidigungsministeriums liegen und im Rahmen von Globalbudgets zugesprochen werden, womit sie immer mehr dem Einfluss und dem Monitoring des Außenministeriums (*State Department*) und des Parlaments entzogen werden.

Unter dem Titel „Borrando las Divisiones“, gaben die drei US-Organisationen *Center for International Policy*, *Latin America Working Group Education Fund* und das *Washington Office on Latin America* (WOLA) kürzlich eine Untersuchung zu diesem Thema heraus. Wir veröffentlichen eine Zusammenfassung des Dokuments, die spanische und die englische Originalversion können unter www.wola.org heruntergeladen werden.

Mit der Begründung, das US-Außenministerium sei zu bürokratisch, arbeite zu langsam und sei zu stark dem Druck des Kongresses unterworfen, wurde im Jahr 2005 ein Gesetzesentwurf vorgelegt, mit dem das US-Verteidigungsministerium mehr Geld und mehr Kompetenz erhalten sollte, um „die Sicherheits- oder Militärkräfte der befreundeten Nationen zu stärken, damit Terrornetzwerke aufgedeckt und zerstört werden können, und um militärische (Ko-)Operationen zu unterstützen oder selber daran teilzunehmen“. Während sich ihr Vorgänger Colin Powell noch gegen eine solche Kompetenzverschiebung aussprach, unterzeichnete später Außenministerin Condoleezza Rice zusammen mit Verteidigungsminister Donald Rumsfeld ein Schreiben, mit dem sie diesen Gesetzesentwurf unterstützten.

Seit dem 11. September 2001 wurde die Rolle des US-Verteidigungsministeriums im Ausbildungsbereich ausländischer Militärs aufgewertet, eine Aufgabe, die bisher vor allem im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit stattfand und entsprechend dem Außenministerium unterstellt war. Im Januar 2002 wurden vom US-Kongress rund 18 Mio. US-\$ für ein Ausbildungsprogramm (*Counterterrorism Fellowship Program*, CTFP) bewilligt, das ausländischen Militäroffizieren eine Anti-Terror-Ausbildung in den USA ermöglicht. Im Jahr 2003 wurde dieses Programm mit 20 Mio. US-\$ fester Bestandteil des Verteidigungshaushaltes. Auch wenn Lateinamerika den kleinsten Anteil der „Studierenden“ im CTFP-Programm stellt, haben doch im Jahr 2003 insgesamt 431 und im Jahr 2004 bereits 1'107 Offiziere der Region eine solche Anti-Terror-Ausbildung genossen.

Gleich viel Militär- wie Wirtschaftshilfe

In den Jahren 2005 und 2006 beträgt die Militärhilfe der USA an Lateinamerika und die Karibik nur geringfügig weniger als die Wirtschaftshilfe. Für das Jahr 2006 sind 1,03 Milliarden US-\$ für die Wirtschaft und mindestens 908 Mio. fürs Militär vorgesehen. Mehr als Dreiviertel der Differenz, etwa 95 Mio., sind für ein HIV/AIDS-Programm in bloss zwei Ländern (Guyana und Haiti) gedacht. Zieht man dies vom Gesamtbe-

trag der vorgesehenen Wirtschaftshilfe ab, beträgt der Unterschied zur Militärhilfe gerade noch 50 Mio. US-\$. Ende der 90er-Jahre belief sich die Wirtschaftshilfe noch auf fast das Doppelte der Militärhilfe, während des kalten Kriegs divergierten sie noch mehr.

Seit dem Jahr 2000 fließt ein Grossteil der Militärhilfe in den „Plan Colombia“ und obwohl dieser im Jahr 2006 ausläuft, rechnet man nicht damit, dass danach das US-Budget für Militärhilfe nach Lateinamerika wesentlich kleiner wird.

In Kolumbien ist die Trennung der verschiedenen „Kriege“ (Drogen/Paramilitärs/Guerilla) immer durchlässiger geworden. Ein Grossteil der US-amerikanischen Militärhilfe floss in den Anti-Drogen-Krieg und in die Ausbildung entsprechender SpezialistInnen. Doch was unter diesem Deckmantel und aus dem US-amerikanischen Anti-Drogen-Budget finanziert, erlernt wurde, ist auch bestens im Bürgerkrieg und im Kampf gegen die Guerilla und die Paramilitärs anwendbar.

Soziale Probleme sind keine Sicherheitsprobleme

Nach dem Ende der Militärdiktaturen in Süd- und den Friedensverhandlungen in Mittelamerika haben verschiedene Lateinamerikanische Regierungen begonnen, klare Trennlinien zwischen Polizei- und Militäraufgaben zu ziehen. Diese Trennungen sind im Begriff, wieder zu verschwinden. Die von der *Organisation der Amerikanischen Staaten* (OEA) definierte Doktrin der „mehrdimensionalen Sicherheit“ trägt zu dieser Verwässerung bei. In der Sicherheitsdeklaration der OEA aus dem Jahr 2003 heisst es: „Die Sicherheitsbedrohungen in der Region haben unterschiedliche Ursachen und mehrdimensionale Auswirkungen, so dass die traditionellen Sicherheitskonzepte nicht mehr ausreichen, um ihnen zu begegnen. Es muss von einem Sicherheitskonzept ausgegangen werden, das auch politische, wirtschaftliche, soziale, gesundheitliche und Umweltaspekte umfasst.“ Das heisst, von Terrorismus über Migration bis zu HIV/AIDS etc. wird nun alles unter dem Begriff Sicherheitsbedrohung zusammengefasst. Es ist zwar positiv, wenn der Sicherheitsbegriff nicht nur auf Staaten beschränkt ist sondern auch einzelne Personen einbezieht, aber in der

Praxis birgt er das Risiko in sich, dass soziale Probleme mit militärischen Mitteln angegangen werden. Diverse Konferenzen, sowohl in den USA wie auch in Lateinamerika, haben sich in letzter Zeit damit beschäftigt, eine Liste der aktuellen Sicherheitsrisiken aufzustellen. Dazu gehören u.a. die Jugendbanden, der Drogenhandel, das organisierte Verbrechen, die illegale Migration und Naturkatastrophen. All dies sind ernsthafte Probleme für die Region, rechtfertigen aber in keiner Weise militärische Lösungen.

Zum Beispiel die Jugendbanden

Die Jugendbanden (*maras*) sind ein ernstzunehmendes Problem vor allem in Zentralamerika. Zwar sind sie kein neues Phänomen, doch sind sie im Laufe der Jahre vom Begehen kleinerer Delikte zum Ausüben von zum Teil schrecklichen Gewalttaten übergegangen. Die lokalen Polizeikräfte, schlecht ausgerüstet, kaum ausgebildet und mit einem Hang zur Korruption, sind völlig überfordert, dem Phänomen der *maras* zu begegnen. Guatemala, Honduras und El Salvador haben darauf mit einer Kraftdemonstration geantwortet und das Militär in kombinierten Patrouillen mit der Polizei auf die Strassen geschickt. Die zivilen Behörden Zentralamerikas haben das *Comando Sur* des US-amerikanischen Militärs um Hilfe beim Kampf gegen die Jugendbanden angefragt, hat doch das Problem auch seinen Niederschlag in den US-amerikanischen Vorortgefunden. Weder die zentralamerikanischen noch die US-amerikanischen Behörden haben jedoch eine Strategie, wie das Thema angegangen werden kann und es ist zu befürchten, dass so lange gewartet wird bis es vermeintlicherweise keine andere Lösung mehr als eine militärische gibt.

Zum Beispiel die „Schnelle Eingreiftruppe“

Vor gut einem Jahr begannen die zentralamerikanischen Regierungen eine Diskussion über die Schaffung einer überregionalen „Schnellen Eingreiftruppe“ (FRR), die sich z.B. den Jugendbanden und anderen transnationalen Bedrohungen annehmen könnte. Mit Ausnahme von Costa Rica haben sich alle Länder verpflichtet, solche FRR zu bilden und versprochen eine bessere Koordination und einen vermehrten Austausch über die jeweiligen Geheimdienstaktivitäten. Auch wenn die USA sich wünschten, dass diese FRR ihre Aktivitäten vor allem auf Friedenssicherung und Naturkatastrophen konzentrieren, möchten ihnen die zentralamerikanischen Regierungen vielfältigere, bis hin zu polizeilichen Aufgaben übertragen. Die guate-

maltekische FRR soll entsprechend aus Militär- und Polizeipersonal zusammengesetzt sein, ihre Aufgabe ist der „Kampf gegen das organisierte Verbrechen, den Drogenhandel und den internationalen Terrorismus“. Wie die US-amerikanische Unterstützung dieser Eingreiftruppen aussehen wird, ist noch nicht klar. Bei einem Treffen im Oktober 2005 mit US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld fragten die zentralamerikanischen Präsidenten die USA vor allem um die Ausstattungen für diese Truppen an. Die Botschaft aus dem Norden ist nicht eindeutig. Statt die zentralamerikanischen Länder aufzufordern, die nach den Friedensabkommen begonnene Aufgabentrennung weiterzuführen und das Militär davon abzuhalten, sich in Bereiche zu mischen, in denen es nichts verloren hat, äusserte sich Rumsfeld sehr vage. Unterschiedliche Bedrohungen bräuchten unterschiedliche Antworten und die bisherige Aufgabenteilung zwischen Militär und Armee sei antiquiert und müsse überdacht werden, waren die Worte des US-Verteidigungsministers im Oktober 2005.

"Bremsklotz" Internationaler Strafgerichtshof (ISTGH)

Ironischerweise stösst die US-amerikanische Militärhilfe für Lateinamerika nicht in erster Linie an ihre Grenzen, weil Menschenrechtsorganisationen protestieren, sondern die Kritik stammt aus dem eigenen Lager. Konservative Kräfte in den USA wollen ihre SoldatInnen im Ausland vor dem Zugriff des Internationalen Strafgerichtshofes schützen. Im Jahr 2002 schlossen die USA sämtliche Militärhilfe (mit Ausnahme der Anti-Drogen-Kriegs-Unterstützung) an Länder aus, die das Rom-Statut unterzeichnet haben, das die vertragliche Grundlage zum Internationalen Strafgerichtshof ist. Ausser, sie hätten den Artikel 98 des Gesetzes zum Schutz des US-amerikanischen Dienstpersonals unterzeichnet, in welchem sie garantieren, dass sie keine US-SoldatInnen je vor dem IstGH anklagen werden. Für die lateinamerikanischen MenschenrechtsaktivistInnen ist der Internationale Strafgerichtshof aber eine wichtige Instanz, sind doch in vielen Fällen ihre eigenen Justizsysteme ineffizient und korrupt.

Linke Kräfte in der Andenregion

Die Andenregion – Kolumbien, Ecuador, Peru und Venezuela – erhielten seit der Implementierung des *Plan Colombia* im Jahr 2000 mit 85% den größten Brocken der lateinamerikanischen US-Militärhilfe. Dies scheint denn auch die „Problemzone“ Lateinamerikas für die USA zu sein: Das Drogengeschäft, der Krieg in Kolumbien, die Existenz von

vier von den USA definierten „internationalen Terrororganisationen“ und die Wahlen (angefangen mit Bolivien im Dezember 05), die in der Region im Verlauf des Jahres 06 stattfinden. Offensichtlich ist die Administration Bush beunruhigt über das Erstarren der „radikalen Populisten“, wie er die verschiedenen Bewegungen linker Tendenz nennt. Bisher ist die Reaktion der USA auf diese Entwicklung konfus und widersprüchlich. Wie sich das in einer konkreten (Militär-)Politik auswirkt, bleibt abzuwarten.

Schlussfolgerungen

Global gesehen steht Lateinamerika sicher nicht zuoberst auf der Prioritätenliste der USA. Doch die Tendenz, die sich in den letzten Jahren abzuzeichnen begann, hält an: Zunahme der Militär- und militärischen Ausbildungsunterstützung, währenddessen die Unterstützung in Sachen Wirtschaftshilfe und Stärkung der Zivilen Regierungen hinten ansteht.

Der Drogenhandel, das organisierte Verbrechen und die Korruption schränken den Demokratisierungsprozess vieler Länder Lateinamerikas ein. Aber anstatt diese Probleme unter dem Begriff der „Menschlichen Sicherheit“ zusammenzufassen und dafür militärische Lösungen zu propagieren, sollten die USA sie als das sehen was sie sind: Probleme, die ihre Ursache in der historischen Ungerechtigkeit in Sachen wirtschaftlicher Entwicklung und in einem fragilen Rechtsstaat sowie schwachen staatlichen zivilen Institutionen haben.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Solidarität mit Guatemala e.V.

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise 14-tägig.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/fijate/index.html

Zu dritt gegen die Drogen

Guatemala, 24. Jan. Der gemeinsame Kampf der guatemaltekischen und der US-Regierung gegen den Drogenhandel nimmt immer konkretere Züge an. In den letzten Wochen hat es einen regen Besuchsaustausch hoher Regierungs- und Militärvertreter beider Länder gegeben.

Am 14. Januar überflogen Präsident Oscar Berger und Verteidigungsminister Francisco Bermúdez gemeinsam mit dem US-Botschafter in Guatemala, James Derham, den Nationalpark *Laguna del Tigre* im Norden des Departements Petén. Der Nationalpark gilt als Land- und Abflugbasis für Drogentransporte zunächst nach Mexiko und später in die Vereinigten Staaten.

Bei den Gesprächen bat Bermúdez die USA darum, seinem Land Helikopter und sonst notwendiges Material zur Verfügung zu stellen, damit die dort vermuteten geheimen Landebahnen der Drogenkurier bekämpft werden könnten. Die US-Regierung hatte zuvor von Guatemala verlangt, die staatliche Kontrolle über den Nationalpark wieder zu übernehmen.

Am vergangenen Montag flog der guatemaltekische Innenminister Carlos Vielmann in die USA und traf sich unter anderem mit VertreterInnen der amerikanischen Anti-Drogen-Behörde DEA. Gegenüber der Tageszeitung *Prensa Libre* sagte er vor der Reise: "Ich möchte nicht, dass sie mir einfach ein paar Helikopter geben, was ich benötige ist ihr eigenes Personal mit dessen Hub-

schrauben, um uns im Kampf gegen den Drogenhandel zu unterstützen."

Damit ist klar, dass der Nationalpark *Laguna del Tigre* zukünftig von Spezialeinheiten des US-Militärs überwacht wird und so die nächsten Schritte zur Umsetzung der „Plan Maya Jaguar“ genannten US-Strategie zur militärischen Bekämpfung des Drogenhandels in Zentralamerika beflissentlich getan werden. Zur Kontrolle dessen dient der Besuch des Oberbefehlshabers des US-Kommandos Süd, Bantz J. Craddock, in Guatemala in dieser Woche. Craddock wird mit den zuständigen Regierungsstellen Guatemalas über die Strategien zur Drogenbekämpfung diskutieren, insbesondere die Zerstörung der ca. 400 Landebahnen, die im Departement Petén vermutet werden, mit der bereits begonnen wurde.

Doch die regionalen Initiativen bleiben nicht aus. Hohe VertreterInnen aus 17 lateinamerikanischen und karibischen Ländern trafen sich bereits beim „Ersten Fachtreffen für den Kampf gegen den Drogenhandel und dazugehörige Verbrechen“ in El Salvador, um die zahlreichen Vorschläge der USA zu diesem Thema zu diskutieren. Nach einem Disput zwischen Guatemala und El Salvador, wer das dabei befürwortete „Regionale Zentrum gegen den Drogenhandel“ beherbergen dürfe, einigte man sich schliesslich darauf, dass in Guatemala der Hauptsitz installiert werde und El Salvador eine regionale Nebenstelle bekomme. Das Zentrum soll der Koordina-

tion der Drogenbekämpfung auf dem lateinamerikanischen Kontinent dienen.

Präsident Berger hatte auch seinen kolumbianischen Amtskollegen, Alvaro Uribe, bei dessen Guatemala-Besuch Mitte Januar um Unterstützung für sein Land in Sachen Drogenbekämpfung gebeten, war doch diese Frage eines der beherrschenden Themen beim präsidentiellen Zusammentreffen. Dabei unterzeichneten beide Länder u.a. eine Sicherheitskonvention, die eine engere Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Drogentransporten und -produktion vorsieht. Bevor der guatemaltekische Kongress die Konvention ratifiziert und damit das endgültige Startsignal zur Umsetzung gibt, sollen die Behörden beider Länder Informationen über wichtige Sicherheitsfragen, z.B. Routen von Drogenkurierern austauschen.

Ausserdem sind die Präsidenten darüber übereinkommen, dass auch Guatemala zukünftig, neben den oben genannten bilateralen Vereinbarungen, von der im Rahmen des *Plan Colombia* gewährten Unterstützung der USA im Drogenkampf profitieren solle. Der *Plan Colombia* wird seit dessen Gültigkeit von sozialen Bewegungen und Menschenrechtsgruppen kritisiert, weil er vor allem die Finanzierung des kolumbianischen Militärs beinhaltet und beispielsweise dazu geführt hat, dass Cocafelder mit Pflanzenvernichtungsmitteln besprüht wurden und so gleichzeitig die dort lebenden BewohnerInnen gesundheitlich geschädigt wurden.

Nachgereichte Freihandelswünsche der USA

Guatemala, 21. Jan. Während der guatemaltekische Kongress damit beschäftigt ist, die nötigen Gesetzesreformen zu billigen, die für das Inkrafttreten des im März 2005 firmierten *Freihandelsabkommens zwischen den USA, Zentralamerika und der Dominikanischen Republik* (DR-CAFTA/ TLC) vereinbart waren, streiten die Regierungen von den USA und Guatemalas über nachträgliche Veränderungen desselben. Eigentlich sollte dieses seit dem 1. Januar diesen Jahres regionale Realität sein, doch nun fordern die USA erst noch zahlreiche Änderungen vor allem im Bereich des Intellektuellen Eigentums, speziell des Patentrechts für Medikamente, aber auch in der Telekommunikation und hinsichtlich sanitärer bzw. Pflanzenschutzmittelvorgaben, von denen allesamt US-amerikanische Konzerne bzw. deren Exportquoten profitieren würden. Beispielsweise sollen auf nordamerikanischen Wunsch hin die aus den USA

importierten landwirtschaftlichen Produkte nicht kontrolliert werden, was andersherum natürlich nicht gestattet wird.

Die Oppositionsparteien, darunter die *Nationale Einheit der Hoffnung* (UNE), die *Patriotische Partei*, die Christdemokraten, DIA, die *Integracionistas* und die *Republikanische Front Guatemalas* (FRG), machen derweil ihre Zustimmung zu den Modifikationen in der guatemaltekischen Gesetzgebung abhängig von dem Fortschritt der Agenda der sog. sozialen Entschädigungsleistungen, die denjenigen zugute kommen sollen, die von dem Freihandelsabkommen "geschädigt" werden. Dies war bereits die Bedingung der Abgeordneten für ihre Ratifizierungsstimme im letzten Jahr. Das Kompensationspaket beinhaltet u.a. Anreize für die landwirtschaftliche Diversifizierung, ein Gesetz für die mittleren und kleinen BäuerInnen, die Garantie auf finanzielle Vermittlung, die Institutionalisierung des Steuerpakts

sowie Reformen zum Arbeitskodex.

Eine guatemaltekische Regierungsdelegation unter Leitung von Vizepräsident Eduardo Stein verhandelt in den USA unterdessen unter der Prämisse, keinerlei Änderung des Freihandelsabkommens zuzustimmen und statt dessen lieber ausserhalb der Freihandelszone zu verbleiben. Die Skepsis wird von den guatemaltekischen ProduzentInnen, ApothekerInnen und der Handelskammer unterstützt, bedauert wird allerdings der Verlust des projizierten wirtschaftlichen Wachstums durch den TLC, das bereits nicht nur in die Berechnung des Bruttosozialprodukts eingerechnet war.

Präsident Berger hat sich derweil mit Amtskollegen anderer zentralamerikanischer Staaten getroffen, um eine gemeinsame Position in dieser Frage zu finden.

Fortsetzung Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

In den guatemaltekischen Zeitungen werden die Bilanzen der vermeintlichen wirtschaftlichen Entwicklung nach Inkrafttreten des Freihandelsabkommens wiederholt, mit denen schon im Vorfeld geworben wurde. Roberto Salinas, Präsident des *Mexikanischen Business Forums*, erklärt, welche Idee hinter dem Freihandelsabkommen stecke: Es verbessere den Handel zwischen den Staaten und gebe den Ländern im Konfliktfalle Regeln an die Hand, die Investitio-

nen erleichterten. Zentralamerika werde durch das Freihandelsabkommen zu einem Teil Nordamerikas, Teil einer Dollar-Zone, mit gleichen Investitionsbedingungen. Auf lange Sicht lasse sich die Armut nur durch Wirtschaftswachstum und niedrige Inflation bekämpfen.

Wie sich der globale freie Markt inzwischen auf die guatemaltekische Textilindustrie ausgewirkt hat, hat die Tageszeitung *Prensa Libre* recherchiert: Seitdem im Januar 2004 weltweit die Textilexportquoten freigegeben wurden, und vornehmlich China dies für sich und

seinen Aussenhandel genutzt hat, sind in der guatemaltekischen Textilindustrie 38.000 Arbeitsplätze vernichtet worden, 51 Fabriken wurden geschlossen.

Im Gegenzug hätten im Jahre 2005 zwar 30 Textilfabriken ihre Arbeit aufgenommen, jedoch gerade einmal 5.558 MitarbeiterInnen angestellt, so Carla Caballeros, Geschäftsführerin der *Bekleidungs- und Textilkommission* (VESTEX). Unterdessen sei insgesamt der Export von Kleidung und Textilien im vergangenen Jahr um 5,15 Prozent zurückgegangen.

Drohungen gegen Exhumierungsaktivisten und deren Familien

Guatemala, 20. Jan. Im Department Quiché haben SpezialistInnen der *Stiftung für Forensische Anthropologie Guatemalas* (FAFG) in der vergangenen Woche die Überreste von dreizehn Personen in einem geheimen Friedhof in zwei Gemeinden in Joyabaj gefunden. Feliciano Macario von der Witwenorganisation CONAVIGUA berichtete, dass die gefundenen Opfer laut ZeugInnenaussagen im Jahre 1982 von Militärangehörigen mit Gewalt aus ihren Gemeinden verschleppt, exekutiert und in zwei Massengräbern verscharrt wurden. In den Ausgrabungen sieht CONAVIGUA eine wichtige Unterstützung bei ihrer Aufgabe, die Wahrheit über die vielen Massengräber aus der Zeit des internen bewaffneten Konflikts ans Tageslicht zu holen. Gleichzeitig würden die Ausgrabungen aber auch den Familien der Opfer bei ihrer Trauerarbeit helfen und einen Beitrag im Kampf gegen die Straflosigkeit leisten.

Auch im Kanton Tunajá II, Zacualpa, ebenfalls im Quiché, wurden die sterblichen Überreste eines Opfers gefunden. Wie die *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) mitteilte, handelt es sich um einen Mann, der 1982 mutmasslich von Mitgliedern der Zivilpatrouillen (PAC) und der Armee brutal ermordet wurde.

Dass es immer noch und immer wieder Personen gibt, die versuchen, die Wahrheitsfindung über die Verbrechen während des bewaffneten Konfliktes zu behindern, zeigen aktuell die erneuten telefonischen Morddrohungen gegen Fredy Armando Peccerelli Monterroso und seine Familie. Peccerelli ist Direktor der FAFG. Am 9. Januar erhielt er eine Kurzmitteilung auf sein Mobiltelefon, in der es gemäss einer *Urgent Action* von *amnesty international* hiess: „Hurensohn, wir werden deinen Bruder Yani töten. Wir können ihn gut beobachten, in seinem Volvo ohne Heckscheibe. Hör mit den Exhumierungen auf...“ Die Mitteilung beziehe sich offenbar auf Fredy Peccerellis Bruder, Gianni Peccerelli, der vor kurzem einen Volvo gekauft habe,

dessen Heckscheibe fehle, so AI. Einen Tag später erhielten Omar Girón de León, Leiter der FAFG-Laboratorien und dessen Frau Bianca Peccerelli Monterroso sowie Jeannette Peccerelli Drohbriefe. Letztere, die Ex-Frau von Fredy Peccerelli, wurde bereits im August vergangenen Jahres von einer Person mit vorgehaltener Pistole bedroht. Die *Nationale Zivilpolizei* (PNC) bewacht die Betroffene seitdem.

In der Eilaktion von *amnesty* heisst es weiter: „Im Jahr 2002 hat die *Inter-amerikanische Menschenrechtskommission* (IACHR) gefordert, dass Bianca Peccerelli Monterroso, Omar Girón de León, Fredy Peccerelli und andere FAFG-Mitglieder Polizeischutz erhalten. Nach Ansicht von *amnesty international* sind die daraufhin erfolgten Schutzmassnahmen unzureichend. Nach den gegen Bianca Peccerelli Monterroso und Omar Girón de León gerichteten Morddrohungen vom September 2005 wurden zum Schutz des Ehepaares zwei Polizisten vor ihrem Haus postiert, und Bianca Peccerelli Monterroso erhält rund um die Uhr Polizeischutz. Von Ende Dezember 2005 an erschienen die zum Schutz des Hauses verpflichteten Polizisten an einigen Tagen nicht zum Dienst. Ab dem 7. Januar 2006 – drei Tage vor der schriftlichen Morddrohung – kamen sie gar nicht mehr. Seit den jüngsten Drohungen stehen die Häuser von Gianni Peccerelli und Bianca Peccerelli Monterroso unter Polizeischutz. Da die beiden Personen jedoch direkte Morddrohungen erhalten haben, fordert die FAFG die Behörden auf, ihnen 24-Stunden-Schutz zu gewähren und diesen auch aufrechtzuerhalten.“ Diesen Forderungen schlossen sich auch CONAVIGUA und das Menschenrechtsprokurat (PDH) an, ausserdem appellieren sie an die Autoritäten, eingehende Untersuchung über die Verantwortlichen der Drohungen einzuleiten.

Nach Angaben von Jesús Hernández, Direktor des *Zentrums für Forensische Analyse und angewandte Wissenschaften* (CAFCA), wurden im Jahr 2005

allein von dieser Organisation bei 25 Exhumierungen insgesamt 71 Opfer des bewaffneten Konfliktes im Ixcán und Nebaj, Quiché, San Pedro und Ixchiguán, San Marcos, Nentón, Huehuetenango und San Pedro Carchá, Alta Verapaz, gefunden.

“Sterne der Linie” auf der Berlinale

Guatemala, 26. Jan. Der Dokumentarkurzfilm “Estrellas de la Línea”, der im Land rege Polemik hervorrief, wurde neben 15 weiteren Kurzfilmen von der Jury ausgewählt und darf somit auf dem 56. Internationalen Filmfestival in Berlin teilnehmen. Gemäss einer Pressemitteilung der Gruppe der Sexarbeiterinnen desselben Namens, bestand der guatemaltekische Streifen den Auswahlprozess gegen mehr als 2'500 andere internationale Filme und wird am 17. Februar in der Berlinale-Rubrik Panorama gezeigt.

Der Dokumentationsfilm erzählt die Geschichte der „Sexdienerinnen“, die sich im August 2004 zusammengetan und ein Fussballteam gegründet haben, um auf diese Weise die Aufmerksamkeit auf die Probleme zu lenken, mit denen sie als Berufsgruppe innerhalb der Gesellschaft konfrontiert sind. Plot ist die Diskriminierungs- und Verachtungserfahrung der „Estrellas“, als sie sich im September 2004 für ein Frauen-Fussballturnier melden, jedoch nach dem ersten Spiel, offenbar auf Druck der Gegenteams, ausgeschlossen wurden (siehe ¡Fijáte! 320). Dies rief in der guatemaltekischen Bevölkerung kontroverse Reaktionen hervor.

Der Name der Gruppe geht auf den Sektor „La Línea“ in der Hauptstadt zurück, in der die Frauen arbeiten. Mittels ihrer Organisation fordern “die Sterne” die Freiheit, ihre Arbeit ohne Diskriminierung ausführen zu können und zwar per öffentlichen oder privaten Angeboten unter würdigen Arbeitsbedingungen und gegen einen angemessenen Lohn.

Aguacatán: Konflikt um Bürgermeisterei schwelt weiter

Guatemala, 16. Jan. Der seit Jahren schwelende Konflikt in der Gemeinde Aguacatán, Huehuetenango, ist Mitte Januar erneut eskaliert. Seit der Kommunalwahl 2003 fordert eine starke Gruppe innerhalb der Gemeinde die Absetzung des damals knapp wieder gewählten Bürgermeisters Pablo Escobar Méndez.

Anfang Januar hatten GegnerInnen Escobars die Interamericana blockiert. Die Blockade wurde nach zwei Tagen von Spezialkräften der *Nationalen Zivilpolizei* und Militäreinheiten gewaltsam aufgelöst. Mehr als 60 Personen, darunter auch Frauen und Minderjährige, wurden verhaftet, zudem ist die Rede von 15 Verletzten.

Am 12. Januar haben zwei Kongressabgeordnete gemeinsam mit VertreterInnen des Menschenrechtsprokurats (PDH), der *Präsidialkommission für Menschenrechte* (CORPREDEH), dem Friedenssekretariat und des Verteidigungsministeriums sowie dem Erzbischof von Huehuetenango eine Streitschlichtungskommission gegründet, die auch Empfehlungen für den Umgang mit dem Konflikt aussprechen: Rücknahme des von Bürgermeister Escobar beantragten Ausnahmezustandes, Zurück-

weisung rechtlicher Mittel, Begründung eines Fahrplanes für Schlichtungsgespräche innerhalb der nächsten acht Wochen und die Einsetzung der Katholischen Kirche als Mediatorin.

Währenddessen haben ein halbes Dutzend BewohnerInnen Aguacatáns einen Hungerstreik vor der Departementsverwaltung von Huehuetenango begonnen, um gegen die Polizeigewalt bei der Räumung der Strassenblockade und für eine Rückkehr der Gemeindeverwaltung nach Aguacatán einzutreten.

Nach Einschätzung des Journalisten und Menschenrechtsaktivisten Miguel Ángel Albizures hat der Konflikt vor allem ethnische Wurzeln. Schon vor mehr als 2000 Jahren hatten in dem Gebiet AwakatekInnen die Gemeinde Aguacatán und wenig später Angehörige des Volkes der ChalchitekInnen das Dorf Chalchitán gegründet. Im Jahre 1891 wurden die Dörfer zum Munizip Aguacatán vereinigt.

Bis ins Jahr 2000 hatten, so recherchierte Albizures, die AwakatekInnen, die zurzeit 17 Prozent der EinwohnerInnen ausmachen, die Macht in der Stadt. Mit der Wahl von Escobar haben die ChalchitekInnen, die 31 Prozent der Bevölkerung stellen, die kommunale Macht

erlangt. Bei der Wahl im November 2003 hatte Escobar nach den offiziellen Zahlen des *Höchsten Wahlgerichts* (TSE) die Wahl mit einem Vorsprung von 18 Stimmen gewonnen. Die WahlverliererInnen waren jedoch nicht bereit, das Ergebnis anzuerkennen und warfen dem Sieger Wahlbetrug vor. Im Juni 2005 gab es ein Attentat, bei dem drei Personen getötet und Escobar, seine Frau und drei Verwaltungsangestellte verletzt wurden. Der Fall wurde vor dem *Interamerikanischen Menschenrechtsausschuss* verhandelt.

Nachdem Escobars GegnerInnen nach der Wahl das Rathaus von Aguacatán besetzt hielten, zog Escobar mit seiner Verwaltung in das 10 km entfernte Dorf Río San Juan. 14 Monate später entschied das Verfassungsgericht, dass das alte Rathaus wieder bezogen werden sollte und lehnte die Berufung Escobars dagegen ab. Seitdem hatte sich nichts geändert. Escobar blieb in Río San Juan und seine GegnerInnen begannen ihre Proteste.

Eigentliche Opfer des Konfliktes sind die BewohnerInnen der Stadt, denn seit Jahren müssen sie neben ihrer Armut auch mit mangelhafter öffentlicher Versorgung zurechtkommen.

Die Gewalt im Land eskaliert

Guatemala, 28. Jan. Das Jahr 2006 zeichnet sich mit einem Schnitt von derzeit 16 Morden am Tag als das gewaltsamste der letzten drei Jahre in Guatemala ab. Zwischen dem 1. und 19. Januar starben gemäss offiziellen Zahlen 304 Personen auf gewaltsame Weise.

Die Gewaltspirale zieht immer grössere Kreise, obwohl die Regierung die Streifen von kombinierten Kräften – aus *Zivilpolizei* (PNC) und Militär – in den als die gefährlichsten geltenden Zonen verstärkt hat. Am vergangenen Wochenende wurden 31 ermordete Personen ins Leichenschauhaus des Justizorganismus allein aus dem Einzugsbereich der Hauptstadt eingeliefert, von Samstag früh bis Sonntag früh starben hier 20 Menschen durch Gewalt. Gemäss Angaben der Kriminalermittlungsabteilung der PNC sei mehr als die Hälfte der Morde auf Konfrontationen zwischen Banden des organisierten Verbrechens zurückzuführen, dazu werden lapidar sowohl der Drogenhandel als auch die Jugendbanden (*maras*) gezählt. Die offiziellen Hypothesen nehmen neben den genannten Bandenkriegen noch das gewöhnliche Verbrechen und Verbrechen aus Leidenschaft in die Liste der potentiellen Erklärungen auf.

Emilio Goubaud von der *Vereinigung zur Verbrechensprävention* (APREDE) vertritt die These, dass es sich bei der eskalierenden Gewalt um soziale Säuberung handle und die Polizeieinstellung in Verbindung stehe mit den Morden an Jugendbandenmitgliedern der letzten Monate. Auch private Sicherheitskräfte seien involviert, würden gar zu diesem Zweck konkret angeheuert.

Angesichts dieser Situation fordern diverse Sektoren der Gesellschaft von den Autoritäten der Regierung Berger den Einsatz eines integralen Sicherheitsplans, der den Kampf gegen die Gruppen erlaubt, die die Verbrechensnetzwerke bilden.

Berger gesteht derweil ein, dass es für seine Administration „schwierig“ sei, diesen Problemen Einhalt zu gebieten. Zudem wirken seine Aktionsvorschläge billig, wenn er versichert, dass Anstrengungen in der Prävention und in der Weiterbildung der PNC unternommen würden und er anordnet, dass es vornehmlich in den gefährlichen Gegenden mehr Strassenbeleuchtung geben solle. Offensichtlich fühlt sich Guatemala in guter Gesellschaft, beschwichtigt doch der Präsident, dass es Jugendbandenprobleme in 33 Städten der USA gebe.

„Wir wissen, dass es etwas ist, was uns alle in zahlreichen Ländern betrifft“, gibt er sich und das Land dem Schicksal hin.

Statistiken des Innenministeriums führen auf, dass im vergangenen Jahr 5'338 Morde verübt wurden, 15 Prozent mehr als in 2004 mit 4'507 Morden. 640 der Opfer des letzten Jahres waren Frauen, von denen die Mehrheit vergewaltigt wurde und ebenso wie ein Grossteil der männlichen Opfer Zeichen von Folter aufwies.

Für Menschenrechtsprokurator Sergio Morales beweist das Auffinden von Personengruppen – in den letzten Tagen fanden sich einmal drei, das andere Mal fünf brutalst Ermordete mit Anzeichen von Folteranwendung in abgestellten Autos – dass es für die Taten eine genaue Planung, Logistik und ausreichend Fahrzeuge gab, mittels denen sich die fünf bis acht TäterInnen straflos bewegen konnten.

Die Sicherheitskrise, in der das Land derzeit steckt, ist eindeutig der Verantwortung des Staates zuzuschreiben, so der Ombudsmann. Dieser müsse die Gewalttaten verfolgen und sanktionieren, doch dieses Thema sei und bleibe von der aktuellen Regierungsadministration unerledigt.

Keine Zukunft mit Parteien?

Guatemala, 24. Jan. Glaubt man Meinungsumfragen, die in den letzten Wochen veröffentlicht wurden, geht das Vertrauen der GuatemalteKInnen in die Regierung wie auch in die Parteien gegen Null.

Die Tageszeitung *el Periódico* veröffentlichte die Ergebnisse einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts *Borge & Asociados*. Danach antworteten auf die Frage „Welche Person oder Organisation hat im Jahre 2005 am meisten getan für ein Guatemala, das Sie sich erträumen?“ 60,6 % „ich weiss nicht oder keine Antwort“ und 25,6 % „niemand“. Nur jeweils 0,6 % nannten „Präsident Berger“ oder „die Regierung“. 75 % der Befragten sympathisierten mit keiner der Parteien und wüssten daher nicht, wen sie wählen sollten. Gleichwohl ist der Popularitätswert Bergers zwar zurückgegangen, aber mit 51 % gegenüber 55 % relativ hoch, vor allem wenn man bedenkt, dass gleichzeitig 71,9 % der Befragten die Richtung, in der seine Politik gehe, für falsch halten.

Die Tageszeitung *Prensa Libre* beauftragte das Meinungsforschungsinstitut *Vox Latina* mit einer Umfrage und publizierte das Ergebnis, dass 75 % der Befragten das zweite Jahr des Präsidenten Berger missbilligten und nur 18,5 % mit der Regierungsarbeit zufrieden seien. 72,3 % stimmten der Aussage zu, dass die derzeitigen RegierungsvertreterInnen nicht ehrlich seien, nur 7,6 % hielten sie für ehrlich.

Dazu passt eine Statistik, die Otto Zeissig Vazquez als Kommentator in *incidencia democrática* präsentiert hat: Von den 121 BürgermeisterInnen, die 2003 als VertreterInnen der FRG in ihre Ämter gewählt wurden, hätten 37 inzwischen ihre Partei verlassen, von den 34 PAN-BürgermeisterInnen gar die Hälfte. Demgegenüber habe die Partei des aktuellen Präsidenten Berger inzwischen die Zahl ihrer BürgermeisterInnen durch Übertritt mehr als verdoppelt. Dies zeigt einmal mehr, dass für viele KommunalpolitikerInnen die Frage unbedeutend zu sein scheint, über welche Partei sie an die Macht kommen bzw. an der Macht bleiben, im Zweifelsfall die Partei, die gerade ein wenig populär ist und den Präsidenten stellt.

el Periódico kommentiert, dass die Parteiendemokratie offensichtlich keine Antworten gibt auf die Probleme, die die GuatemalteKInnen bedrängten, besonders hinsichtlich der Wirtschaft und Sicherheit. Die Bevölkerung habe die Korruption und den politischen Klientelismus und Machtmissbrauch satt. Sie wünsche sich eine radikal andere Politik, die die Pflichten, die die Verfassung

dem Staat aufgetragen habe, wahrnehme: das Recht auf Leben, Freiheit, Gerechtigkeit, Sicherheit, Frieden und integrale Entwicklung zu garantieren.

Wie äussert sich aber diese Unzufriedenheit im politischen Alltag?

In Jalapa haben VertreterInnen sozialer Organisationen ein „Kollektiv einer nationalen Front des Kampfes“ gegründet, um die Menschenrechte und Forderungen derer zu verteidigen, die von den herrschenden Machtgruppen und BeamtInnen verwaltet werden. Der örtliche Generalsekretär der Gewerkschaft der Gesundheitsdienste, Luis Lara, beklagte die Mängel des Gesundheitssystems und konstatierte eine Krise der Werte im Land, die auch viele Angestellte der öffentlichen Institutionen erfasst habe und dazu führe, dass die Bedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung vernachlässigt würden.

Der Vorsitzende der *Vereinigung der Entwurzelten in Jalapa*, Manuel de Jesús Arenales, erklärte, dass es im Land keinen Frieden geben könne, solange Gewalt nicht verhindert und sanktioniert würde. Die Ursachen sowohl des vergangenen Bürgerkrieges wie der aktuell herrschenden Gewalt – Armut, fehlende Bildung, Rassismus und Diskriminierung sowie Machtmissbrauch der Herrschenden – seien weiterhin vorhanden.

Das nun in Jalapa gegründete Kollektiv ist Teil der *Nationalen Front des Kampfes* (FNL), das sich insbesondere

gegen Privatisierungen und die Einschränkung sozialer Rechte einsetzt. Während des Besuches in Jalapa kritisierte die Gewerkschaftsvertreterin innerhalb der FNL, Dora Regina Ruano, dass der Freihandelsvertrag von den USA auferlegte Wettbewerbsbedingungen beinhalte, auf den die kleinen und mittelständischen Betriebe Guatemalas nicht vorbereitet und daher nicht wettbewerbsfähig seien.

Die Bildungsministerin, Maria del Carmen Aceña, schütze die Interessen der Unternehmen, die von Privatisierungen im Bildungswesen profitierten. In Bezug auf die ersten zwei Jahre der Regierung Berger wies Ruana darauf hin, dass dessen erste Amtshandlung die Abschaffung der Unternehmenssteuer gewesen sei, während er der Bevölkerung weiterhin Steuern auf alle Konsumprodukte auferlege und überlegt, diese noch zu erhöhen.

Während sich die sozialen Bewegungen zusammengeschlossen haben, um die Befriedigung ihrer sozialen und gesundheitlichen Bedürfnisse einzufordern, hat der Gouverneur von Jalapa, Carlos Pinto (FRG), am Tag vor Gründung des Kollektivs angekündigt, dass er die Bevölkerung am Wiederaufbau der vom Hurrican Stan verursachten Schäden beteiligen werde. In Versammlungen mit den betroffenen Menschen sollten die Prioritäten beim Wiederaufbau festgelegt werden.

UN-Friedensmission oder Kanonenfutter?

Guatemala, 26. Jan. Ein Artikel der französischen Tageszeitung *Le Monde*, in dem enthüllt wird, auf welche Weise acht guatemalteKische Soldaten am vergangenen Montag in der Demokratischen Republik Kongo ums Leben und fünf weitere verletzt wurden, löste eine Welle der Empörung aus, stellte sich doch heraus, dass die Militärs in eine Operation geschickt wurden, die die Motive ihrer Präsenz als UNO-Friedensmission in jenem Land bei weitem überschritten (siehe ¡Fijáte! 329). Schon Menschenrechtsprokurator Sergio Morales hatte bei Bekanntwerden des Todes der Soldaten seine Zweifel an den Umständen angemeldet.

Gemäss dem französischen Blatt, fielen die guatemalteKischen Kaibile, speziell fürs Morden ausgebildete Militärs, in einem Hinterhalt, während sie eine „geheime und verdeckte Operation“ ausführten, derweil ihre Funktion als Blauhelme auf defensive Aktionen beschränkt ist. Dennoch wurde in diesem Fall eine Offensive gestartet, bei der mut-

massliche ugandische Rebellen, die zur so genannten *Widerstandsarmee des Herrn* (LRA) gehören, verfolgt wurden, um speziell deren Anführer, den ugandischen General Vincent Otti, zu fassen. Erschwerend kommt hinzu, dass die guatemalteKischen Soldaten als Vorhut eingesetzt wurden und somit höchsteigene Verantwortung der kongolesischen Armee übernahmen.

Die UNO-Friedensmission soll der provisorischen Regierung Kongos beistehen, die ersten präsidentialen Wahlen in 45 Jahren zu organisieren, die für Ende April geplant sind. Diese Mission, die derzeit grösste auf der Welt mit 16.000 Mitgliedern, zählt 110 GuatemalteKInnen in ihren Reihen.

Als nun "Freie MitarbeiterInnen" begrüsst die Fijáte-Redaktion die ihr seit langem treue Barbara Müller und den, dem Fijáte als Leser treuen Stephan Brües aus Wuppertal. Herzlich willkommen!